



Schlussfolgerung aus einem Jahr im Lockdown: **Das System ist der Fehler**

Für die Wirtschaft sei "viel erreicht" worden, sagt Wirtschaftsminister Peter Altmaier im Ergebnis des vergangenen „Corona-Gipfels“. Das ist das Motto der Bundesregierung seit einem Jahr Pandemie. Die kapitalistische Krise, die bereits Ende 2019 begann, wurde zur „Corona-Krise“. Die Lasten werden auf die Werk tätigen abgewälzt. Es findet eine riesige kapitalistische Marktber einigung statt.

Trotzdem behaupten Kapitalvertreter - wie Stefan Wolf von Gesamtmetall jüngst in der "NOZ" - es gebe "nichts zu verteilen". Geld wird vom Staat an die Konzerne gezahlt und als Dividende an die Aktionäre weitergereicht. Damit hat Wolf kein Problem. Mit den Forderungen der IG Metall in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie schon (siehe Seite 2).

In einem Gesellschaftssystem, dessen Prinzipien Profitmacherei und Konkurrenz sind und das sich ein Virus so zunutze macht, lässt sich keine konsequente Pandemiebekämpfung durchsetzen. Die Verfügungsgewalt der Monopole über Fabriken und Banken wird nicht angetastet, das Gesundheitswesen, die Impfstoffentwicklung und Verteilung müssen profitabel sein, das Bildungswesen billig und eliteorientiert. Sogar beim Schutz derer, die durch das Virus besonders gefährdet sind oder die durch die Folgen der Pandemie besonders belastet werden, wie die Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitswesen, geht es um Profit. Das zeigt der Skandal um das Geschäft mit den Masken, an dem sich unter anderem Abgeordnete von CDU und CSU bereichert haben.

Solange es geht, wird die Geldmaschine am Laufen gehalten. Hunderte zahlen dies täglich mit ihrem Leben. Drohen aber ernsthafte Folgen für das



System, wird der Bevölkerung die Schuld in die Schuhe geschoben, das öffentliche Leben und die demokratischen Rechte werden extrem eingeschränkt. Diese Politik erschüttert zu Recht das Vertrauen der Menschen in die Regierung.

Es geht anders, nur halt nicht mit dieser Regierung. Das politische Handeln in der Pandemie muss der Maxime folgen: „Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben.“ (Nikolai Ostrowski). Es ist möglich, das Leben zu schützen und Menschen zu helfen, die in Not geraten sind, anstatt sie alleine zu lassen und sie darauf hinzuweisen, dass sie Hartz IV beantragen könnten.

Vor allem an einer Erkenntnis kommt niemand mehr vorbei: Das Personal im Gesundheitswesen muss aufgestockt und die Arbeitszeiten verkürzt werden. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in die Öffentliche Hand.

Das ist im Kapitalismus schwer vorstellbar, aber notwendig, wenn wir das Ziel erreichen wollen, den Schutz des Lebens, soziale Rechte und die persönliche Freiheit in Einklang zu bringen.

Wofür steht "AZ"?

Durch Deutschland geht ein tiefer Riss“ (Tucholsky) – nicht zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“, sondern zwischen Unten und Oben, zwischen Arbeit und Kapital.

In diesem Konflikt stellen wir uns auf die Seite der arbeitenden Menschen – aller, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben (müssen), ob Schlosserin oder Krankenpfleger, Fahrradkurier oder Ingenieurin, Erwerbsloser oder Rentnerin, Azubi oder Studentin.

Dafür steht das „Arbeiter“ in AZ.

Einen Finger kann man brechen, fünf bilden eine Faust!

Darum: Nicht jammern, sondern organisieren – z. B. in Gewerkschaften, Mieterschutz, Sozialverbänden, Initiativen ...

Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie:

Bosse provozieren Arbeitskampf

Seit Anfang März streiken auch in Osnabrücker Betrieben wieder die Metallerrinnen und Metalller. In drei Verhandlungsrunden gab es keine Annäherung zwischen den Vertreter*innen der örtlichen Metall-Unternehmen und der IG Metall.

In den Metall-Betrieben im Tarifgebiet Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim arbeiten 17.300 Beschäftigte. Diese erhielten im Jahre 2018 die letzte Erhöhung ihrer Lohn- bzw. Entgelttabellen. 2019 gab es stattdessen ein „Tarifliches Zusatzgeld“ (T-ZUG) als jährliche Einmalzahlung. Diese kann unter bestimmten Voraussetzungen in freie Tage umgewandelt werden.

Die Tarifbewegung 2020 wurde von Corona „ausgebremst“: Kurzarbeit und Versammlungsverbote verhinderten Aktionen der Belegschaften. Die IG Metall erkaufte mit einer Nullrunde Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und Aufzahlungen bei Kurzarbeit.

IG Metall: „Zukunft sichern“

Vor diesem Hintergrund erscheinen die diesjährigen Forderungen der Metalller*innen bescheiden: ein Gesamtvolumen von vier Prozent für Lohnerhöhungen oder für (Teil-)Lohnausgleich bei kürzeren Arbeitszeiten („Vier-Tage-Woche“) sowie mehr Mitbestimmung und Kündigungsschutz bei betrieblichen Veränderungsprozessen („Transformation“, z. B. wegen Digitalisierung oder Klimaschutz). Für Auszubildende soll die Übernahme stärker abgesichert, dual Studierende



Achim Bigus ist Mitglied der Tarifkommission der IG Metall. Das Bild zeigt ihn 2018 beim 24-Stunden-Warnstreik der VW-Belegschaft.

sollen in die Tarifverträge einbezogen werden.

Das erste „Angebot“ der Metall-Bosse kam in der dritten Osnabrücker Tarifverhandlung am 17. Februar.

Es lautete:

- für 2021 eine weitere Nullrunde,
- für das erste Halbjahr 2022 eine Einmalzahlung,
- für das 2. Halbjahr die erste Erhöhung der Entgelttabellen, ab dann für 12 Monate.

Einmalzahlung und Lohnerhöhung wurden nicht beziffert, ganz im Sinne der Aussage von Stephan Wolf, Präsident des Unternehmensverbandes „Gesamtm Metall“: „Es gibt nichts zu verteilen in unserer Industrie“.

Gesamtm Metall: Löhne drücken
Doch damit nicht genug. Die Metall-Bosse wollen eine „Differenzierung“, „Variabilisierung“ und „Flexibilität“ der Tarifverträge, um Kürzungen bei vorhandenen tariflichen Leistungen möglich zu machen. Sie fordern konkret dauerhafte Eingriffsmöglichkeiten in laufende Tarifverträge, bspw. Kürzung des Weihnachtsgeldes.

„Dass die Arbeitgeber nix vom Kuchen abgeben, sind wir mittlerweile gewohnt. Dass sie jetzt Corona als Deckmantel nutzen, um Tarifstandards senken zu wollen, ist schon eine neue Qualität“, erklärte dazu der Verhandlungsführer der IG Metall in Osnabrück, Carsten Maaß.

In der Tat: Tarifverträge setzen verbindliche Mindeststandards. Diese verhindern, dass die Arbeitenden / die Belegschaften sich gegenseitig in der Konkurrenz untereinander beim Verkauf ihrer Arbeitskraft grenzenlos unterbieten. „Gesamtm Metall“ will die Tarifverträge zu „unverbindlichen Preisempfehlungen“ machen, um die Löhne dauerhaft zu drücken.

Das ist nicht nur ein Angriff auf die Metallerrinnen und Metalller, sondern auf alle lohnabhängig Arbeitenden. Die Warnstreiks sind die richtige Antwort darauf.

Achim Bigus

UZ

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung

Zeitung der DKP



Radikal rot seit 1969

unsere-zeit.de



Vonovia ist nicht das einzige „faule Ei“

Leserbrief an die OAZ zu „Hohe Rendite durch hohe Miete“ (Ausgabe Winter 20/21)

In der letzten Ausgabe der OAZ berichteten wir über die Strategie des Immobilienkonzerns Vonovia, der durch Modernisierung von Wohnungen die Mieten nach oben treibt. Dazu erhielten wir folgende Zuschrift eines Mieters der „TAG Wohnen“:

Vielen ist „Vonovia“ mittlerweile ein Begriff, doch steht dieses Immobilienunternehmen nur stellvertretend für eine ganze Reihe ähnlicher Unternehmen.

Die Wohnung, in der ich lebe, gehört beispielsweise dem börsenorientierten Konzern „TAG Wohnen“. Es ist eine von bundesweit 83.000 Wohnungen. Gebaut wurden die Gebäude im Stadtteil Atter im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus in den 70er Jahren. Zuerst von der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft verwaltet, wurden diese an die DOMOS-Grundstücksverwaltung verschertelt und werden nun von der „TAG Wohnen“ verwaltet.

Nun kann ich nicht behaupten, dass die „TAG Wohnen“ versuche, durch Modernisierungen und Mieterhöhungen Profite zu machen, wie das bei Vonovia der Fall zu sein scheint. Im Gegenteil, dieses Unternehmen lässt die Wohnungen verkommen.

Langjährige Mieterinnen und Mieter berichten, dass die Wohnungen einmal in einem ordentlichen Zustand waren. Die Mietkosten seien niedrig gewesen. Wartungen und Reparaturen seien damals schnell erledigt worden. Insgesamt eine angenehme Wohnsituation im Grünen und eine solide Bleibe für Menschen mit geringem Einkommen.

Heute sind die Grünanlagen karg und ungepflegt, der Rasen an vielen Stellen tot und die Bäume sehen krank aus. Die Sitzbänke vor dem Haus sind mit Moos überzogen und völlig morsch. Wo einmal Kinder gespielt haben, sind die Sandkästen mit Unkraut überwuchert.

In vielen Wohnungen breitet sich Schimmel aus, insbesondere in den Badezimmern. Die Fenster sind teilweise undicht oder lassen sich nicht mehr richtig schließen. Fensterbänke, Gardinenleisten, Wasseranschlüsse und Boden-, sowie Türleisten fehlen teilweise oder gleich komplett. Die Aufzüge sind veraltet und wackeln bedrohlich bei jeder Fahrt, sofern sie nicht mal wieder defekt sind.

Die Leitungen für Internet, Kabelfernsehen und Telefon sind vollkommen veraltet. Daheim arbeiten oder lernen? Home-Office, Home-Schooling mit Iserv oder das Online-Studium mit Stud.IP sind so kaum möglich.

Eine Initiative, die von Mieterinnen und Mietern gestartet wurde, forderte schon vor Jahren eine abschließbare Stellfläche für den Sperrmüll, die Senkung der Nebenkosten, funktionsfähige Internet-, Kabelanschluss- und Telefonleitungen und vieles mehr.

All diese Forderungen stießen bei der „TAG Wohnen“ jedoch auf taube Ohren. Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter werden generell abgelehnt, so der Eindruck. Probleme werden ignoriert und Kosten in die Höhe getrieben. Die Nebenkosten werden in immer kürzeren Abständen angehoben - alles im Rahmen der Gesetze und nach sozialen Richtlinien, wie den Mieterinnen und Mietern versichert wird. Notwendige Wartungs- und Reparaturarbeiten finden nur zögerlich und nach wiederholten Beschwerden durch Mieterinnen und Mieter statt.

Lieber reißt die „TAG Wohnen“ ein Klettergerüst vor dem Haus ab, als das sie das vorhandene reparieren lassen, um nur ein Beispiel zu nennen.

Wer sich beschwert, wird von der „TAG Wohnen“ schnell als „unbequemer Mieter“ klassifiziert und nicht selten sogar am Telefon oder per E-Mail beschimpft.

Erst wenn dem Unternehmen täglich Beschwerden eintreffen, besteht eine Chance, dass sich etwas rührt. Das kann dauern: Ein kaputtes Fenster - ein Jahr. Schimmel im Bad - vier Jahre. Ein akuter Wasserschaden - eine Woche. Ein stolziger Zugang zum Haus - sechs Jahre. Diese Liste ließe sich noch fast unendlich fortführen.

Diese Beispiele sind keine Ausnahmen, sondern sind, so scheint es, fester Bestandteil der Geschäftspraxis der „TAG Wohnen“. Mieterinnen und Mietern, die sich beschweren, wird entgegnet, sie könnten sich ja eine andere Wohnung suchen. Es gibt bundesweit zahlreiche Berichte und öffentlich gemachte Beschwerden von dutzenden Mieterinnen und Mietern, die in eine ähnliche Richtung gehen.

Zusammenfassen lässt sich die Strategie von „TAG Wohnen“ so: Möglichst viel Profit aus den Mieterinnen und Mietern pressen und möglichst wenig für Wartung, Instandsetzung oder Reparaturen leisten. Wenn Kosten entstehen, dann werden diese möglichst auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt.

Bei Konzernen wie „TAG Wohnen“, „Vonovia“ oder „Deutsche Wohnen“ hilft kein Bitten und kein Betteln. Mietervereine helfen und beraten, aber darüber hinaus bin ich der Ansicht, dass wir als Mieterinnen und Mieter uns zusammenschließen müssen. Wir müssen uns gemeinsam wehren, damit unsere Häuser nicht länger verrotten, die Grünanlagen nicht länger verenden und die Mietpreise nicht weiter in die Höhe schnellen.

Letzten Endes ist der Konflikt zwischen denen, die „Rendite mit der Miete“ machen und uns, die ein Interesse an lebenswertem und günstigem Wohnraum haben, nur dann zu lösen, wenn die Immobilienkonzerne enteignet werden.

Euer Tim Radi

Ein Brief an unsere Leser/innen: Wir sagen "Danke!"

Die DKP tritt – wie vor vier Jahren – zur Bundestagswahl an, die am 26. September 2021 stattfinden wird. Trotz Corona-Pandemie müssen wir wieder 200 Unterstützungsunterschriften für unseren Osnabrücker Direktkandidaten Joachim Bigus sammeln und satte 2.000 Unterstützungsunterschriften für die Landesliste Niedersachsen – anders als die Parteien, die im Landes-, Bundes- oder EU-Parlament sitzen.

Trotz der schwierigen Umstände ist es uns durch eine „Briefaktion“ gelungen, für beide Wahlantritte jeweils 100 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Das ist

sogar mehr als im März vor vier Jahren. Wir sind überwältigt und möchten uns ganz herzlich bei allen bedanken, die uns bereits unterstützt haben!

Wer noch Freunde, Bekannte oder Verwandte hat, die uns eine Unterstützungsunterschrift geben würden, den möchten wir bitten, beide Formulare weiterzugeben. **Meldet euch dazu bitte per E-Mail unter: osnabrueck@dkp.de** und nennt uns eure Adresse. Wir schicken sie gerne per Post mit Rückumschlag zu.

Und ein weiteres Dankeschön geht an alle, die uns mit einer Spende unterstützt haben!

Eure DKP Osnabrück

Impressum:

**Osnabrücker
Arbeiterzeitung
Herausgeberin:
DKP Osnabrück**

**ViSdP: Achim Bigus
Website: osnabrueck.dkp.de**

Hinweise, Kritik, Lob an die

Redaktion?

**Wir freuen uns über Zuschriften an:
osnabrueck@dkp.de**

„Frauenberuf“ Pflege: Systemrelevant, unverzichtbar, unterbezahlt

Während der ersten Covid-19-Welle wurden Pflegekräfte noch durch Applaus von den Balkonen gefeiert. Doch Applaus steigert nicht das Lohnniveau und verbessert nicht die Arbeitsbedingungen. Warum verdienen Menschen in Pflegeberufen weniger als Menschen, die Autos bauen oder Gaszähler, um in Osnabrück zu bleiben?

Dies liegt an der Stellung der Frau in unserer Gesellschaft. Erst seit 1977 dürfen Frauen überhaupt ohne Zustimmung ihres Mannes berufstätig sein. Frauen verdienen im Durchschnitt 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – trotz aller Gesetz und Bestimmungen gegen Lohndiskriminierung. „Frauen“- und „Männer“-Branchen werden unterschiedlich bewertet - so zum Beispiel eine Pflegefachkraft und ein Industriemechaniker bei einer jeweils ca. dreijährigen Berufsausbildung.

In den Pflegeberufen arbeiten laut der Gewerkschaft ver.di zu etwa 85 Prozent Frauen. Frauen leisten seit Jahrhunderten Pflegearbeiten in den Familien und das ohne einen Cent. Auch heute noch werden 2,08 Millionen, das sind 73 Prozent der pflegebedürftigen alten Menschen, im häuslichen Umfeld betreut und gepflegt. Davon werden allein 1,38 Mil-

lionen Menschen nur von Angehörigen versorgt.

Lediglich die restlichen 27 Prozent werden professionell in Alten- und Pflegeeinrichtungen versorgt. Lange Zeit arbeiteten in den hauptsächlich existierenden kirchlichen Einrichtungen Frauen zum Beispiel als Nonnen und Diakonissen.

Damit war der heutige Beruf „Pflege“ ein Ehrenamt: für „Gotteslohn“. Bis heute zeichnen sich die Pflegeberufe durch niedriges Lohnniveau, extrem belastende Arbeitsbedingungen, Altersarmut und geringe Aufstiegsmöglichkeiten aus. Ein Wunder?

Also was kann Frau tun? Corona hat gezeigt: ohne uns Frauen läuft nichts. Wir sind systemrelevant und unverzichtbar. Doch was machen wir daraus? Beklagen wir uns weiter nur einzeln? Lassen alles so laufen wie es ist? Oder organisieren wir uns?

Frauen haben in Arbeitskämpfen – zum Beispiel im Berliner Krankenhaus Charité – gezeigt: „Wenn dein starker Arm es will, steht auch ein Krankenhaus bis auf Notversorgung still.“

Dazu müssen wir uns natürlich organisieren, zum Beispiel in einer Gewerkschaft.



Internationaler Frauentag

Am 8. März gehen Frauen weltweit für Gleichberechtigung, gegen Unterdrückung, Krieg und Militarismus auf die Straße.

Die deutsche Sozialistin Clara Zetkin schlug im August 1910 auf der II. Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen in Kopenhagen vor, „als einheitliche internationale Aktion einen alljährlichen Frauentag zu begehen.“ Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Der „Internationale Frauentag“ diente zunächst in erster Linie der Werbung für das Frauenwahlrecht, aber auch dem Kampf gegen Militarismus und Krieg.

Der 8. März als Datum des Internationalen Frauentags geht zurück auf einen Beschluss der ersten internationalen Kommunistischen Frauenkonferenz 1920 in Moskau. Mit dem Datum verband sich insbesondere das Gedenken an den 8. März 1917 (23. Februar nach dem alten russischen Kalender). An diesem Tag hatten Masendemonstrationen Petrograder Arbeiterfrauen mit zur Auslösung der russischen Februarrevolution beigetragen.

In der BRD spielten seit den 60er und 70er Jahren Themen wie der § 218, Gewalt gegen Frauen und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit eine große Rolle.

Wer soll das bezahlen?

Klar, eine Aufwertung der Pflegeberufe, eine Erhöhung des Gesundheitshaushaltes kostet Geld.

Aber: dieses Geld ist da.

Wir sagen, wo es geholt werden kann:

• Die Reichen sollen zahlen ...

... zum Beispiel durch eine Millionärssteuer für Vermögen über 1 Million Euro mit einem Satz von 2 Prozent jährlich

• Abrüsten statt Aufrüsten ...

... zum Beispiel durch Absage an das 2-Prozent-Ausgabenziel der NATO - Raus aus der NATO, runter mit der Rüstung

Der Bundeshaushalt 2019 enthielt 15 Milliarden für das Gesundheitswesen, aber 45 Milliarden für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.

Wir sagen: Pflege statt Panzer